

Satzung

über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen

Auf Grund § 19 Abs. 2 des Straßengesetzes für Baden-Württemberg (StrG) in der derzeit geltenden Fassung, § 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) in der derzeit geltenden Fassung und § 4 der Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO) in der derzeit geltenden Fassung hat der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim am **18. September 2001** folgende Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen beschlossen:

§ 1

- (1) Für die Benutzung der öffentlichen Straßen, die in der Baulast der Stadt Neckarbischofsheim stehen, über den Gemeingebrauch hinaus (Sondernutzung) werden Gebühren nach Maßgabe dieser Satzung und des als Bestandteil dieser Satzung geltenden, beigefügten Gebührenverzeichnisses erhoben; Gebühren werden auch erhoben, wenn eine Erlaubnis nach dem Straßengesetz nicht erforderlich ist. Dies gilt nicht, wenn sich die Einräumung von Rechten zu einer Benutzung von Straßen gemäß § 21 Abs. 1 StrG nach bürgerlichem Recht richtet.
- (2) Bezieht sich eine Sondernutzung sowohl auf Straßenteile in der Straßenbaulast der Stadt als auch auf Straßenteile in der Straßenbaulast des Bundes, des Landes oder des Landkreises, sind die Gesamtgebühren ausschließlich auf Grund der Gebührenregelung des Bundes, des Landes oder des Landkreises festzusetzen.

§ 2

Keiner Erlaubnis bedürfen:

Sondernutzungen, die im öffentlichen Interesse liegen. Die Zustimmung der Stadt ist **vorher** einzuholen. Die von der Erlaubnis freigestellten Sondernutzungen können gebührenfrei in Anspruch genommen werden.

§ 3

Erlaubnisansträge sind mit Angabe von Art und Dauer der Sondernutzung bei der Stadt zu stellen. Die Stadt kann dazu Erläuterungen durch Zeichnung, textliche Beschreibung oder sonst geeigneter Weise verlangen.

§ 4

Die Entscheidung über eine in einem Jahresbetrag festzusetzende Gebühr kann geändert werden, wenn sich die im Einzelfall maßgebenden Verhältnisse wesentlich geändert haben.

§ 5

- (1) Die Gebühren werden bei Sondernutzungen, die für ein Jahr und länger bewilligt werden, in Jahresbeträgen, im übrigen in Monats-, Wochen-, oder Tagesbeträgen, in Sonderfällen durch Vomhundertsätze vom Umsatz oder Sätze pro qm nach Maßgabe des Gebührenverzeichnisses festgesetzt. Soweit die Gebühr nach dem Gebührenrahmen für die Tagesgebühren im Einzelfall den Wochengebührenrahmen überschreitet, bestimmt sich der Gebührenrahmen nach der Wochengebühr; soweit die Gebühr nach dem Gebührenrahmen für die Wochengebühren im Einzelfall den Monatsgebührenrahmen überschreitet, bestimmt sich der Gebührenrahmen nach der Monatsgebühr; soweit die Gebühr nach dem Gebührenrahmen für die Monatsgebühren im Einzelfall den Jahresgebührenrahmen überschreitet, bestimmt sich der Gebührenrahmen nach der Jahresgebühr.

- (2) Sind keine Monats-, Wochen-, oder Tagesgebührensätze festgesetzt, sind die Gebühren nach dem Rahmen für die Jahresgebühren festzusetzen mit der Maßgabe, daß sich der Gebührenrahmen bei Sondernutzungen für weniger als 6 Monate auf die Hälfte, bei Sondernutzungen für weniger als einen Monat auf 1/10 ermäßigt.
- (3) Bei Sondernutzungen, die für ein Jahr und länger bewilligt werden, und im Laufe eines Rechnungsjahres beginnen oder enden, wird die Gebühr für jeden angefangenen Monat 1/12 der Jahresgebühr zugrunde gelegt.

§ 6

- (1) Gebührenschuldner ist der Sondernutzungsberechtigte. Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.
- (2) Liegt für die Sondernutzung keine Erlaubnis vor, so ist Gebührenschuldner, wer die Sondernutzung in Anspruch nimmt. Wird eine Sondernutzung in der Weise in Anspruch genommen, daß Sachen aufgestellt oder abgestellt werden, so sind auch der Eigentümer und der Halter dieser Sachen sowie andere zum unmittelbaren Besitz berechnigte Personen Gebührenschuldner; dies gilt nicht, für Sachen, die dem Eigentümer, Halter oder berechtigten Besitzer abhanden gekommen sind.

§ 7

- (1) Der Anspruch auf die Sondernutzungsgebühr entsteht mit der Erteilung der Erlaubnis oder mit der sonstigen Amtshandlung, die zur Sondernutzung berechnigt. Sind für die Sondernutzung wiederkehrende Jahresgebühren zu entrichten, so entsteht der Anspruch auf die Sondernutzungsgebühr für das erste Jahr bei der Erteilung der Erlaubnis; der Anspruch auf die nachfolgenden Gebühren entsteht mit Beginn der folgenden Rechnungsjahre.
- (2) Wird eine Sondernutzung ohne Erlaubnis in Anspruch genommen, so entsteht der Anspruch auf die Sondernutzungsgebühr mit dem tatsächlichen Beginn der Nutzung.

§ 8

Die Sondernutzung wird mit der Bekanntgabe der Gebührenfestsetzung an den Schuldner fällig. Bei Gebühren, die in Jahresbeträgen festgesetzt sind, werden die auf das laufende Rechnungsjahr entfallenden Beträge entsprechend der Bestimmung in Satz 1, die folgenden Jahresbeiträge zum 2. Januar eines jeden Rechnungsjahres fällig. Gebühren, die in Monats-, Wochen-, oder Tagesbeträgen oder gemäß § 5 Abs. 2 festgesetzt sind, werden in einem Betrag sofort zur Zahlung fällig. Gebühren, die durch Vomhundertsätze vom Umsatz festgesetzt werden, werden nach Feststellung des Umsatzes und Bekanntgabe der hieraus errechneten Gebührenschuld an den Schuldner fällig. Erfolgt die Feststellung des Umsatzergebnisses nur einmal jährlich, sind auf die voraussichtliche Gebührenschuld vierteljährlich Abschlagszahlungen zu leisten, die jeweils am 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. zur Zahlung fällig sind.

§ 9

Endet die Befugnis zu einer Sondernutzung vor Ablauf des der Gebührenfestsetzung zugrunde liegenden Zeitraumes, ist ein entsprechender Teil der Gebühr zu erstatten, wenn dies innerhalb von 3 Monaten nach Beendigung der Befugnis beantragt wird. Der zu erstattende Betrag bemißt sich nach dem Teil der Gebühr, der auf den Zeitraum entfällt, um den die Befugnis zu einer Sondernutzung vorzeitig endet. Hierbei werden jedoch angefangene Monate oder Wochen nicht berücksichtigt. Beträge unter 10,00 € werden nicht erstattet.

§ 10

Soweit besondere gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmen, gelten für die Sondernutzungsgebühren die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für die Benutzungsgebühren in der jeweils geltenden Fassung entsprechend.

§ 11

Soweit für öffentliche Märkte nach den marktordnungsrechtlichen Vorschriften ein Entgelt erhoben wird, das auch ein Entgelt für die Überlassung des Raumes enthält, werden Gebühren nach dieser Satzung nicht erhoben.

§12

Soweit bei Inkrafttreten des Straßengesetzes bestehende Rechte und Befugnisse zur Benutzung von Straßen über den Gemeingebrauch hinaus nach § 57 Abs. 1 - 3 StrG als Sondernutzungen gelten, werden ab Inkrafttreten dieser Satzung Gebühren nach diesen Bestimmungen erhoben.

§ 13

Die Satzung tritt am **01. Januar 2002** in Kraft.

Neckarbischofsheim, den 18. September 2001
gez. Geinert
Bürgermeister

Hinweis:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Neckarbischofsheim geltend gemacht worden ist. Der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden ist.

Neckarbischofsheim, den 18. September 2001
gez. Geinert
Bürgermeister

Die Bekanntmachung der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen der Stadt Neckarbischofsheim erfolgte am 26. Oktober 2001 im Nachrichtenblatt des Gemeindeverwaltungsverbands Waibstadt.

Die o.g. Satzung tritt am 01. Januar 2002 **in Kraft**.

Die o.g. Satzung wurde mit Schreiben vom 19. November 2001 bei der Rechtsaufsichtsbehörde, Rhein-Neckar-Kreis, Landratsamt, Kommunalrechtsamt, in Heidelberg **angezeigt**.

Neckarbischofsheim, den 03. Dezember 2001
beglaubigt:
gez. H a c k

Die vorliegende Satzung ist die derzeit geltende Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen der Stadt Neckarbischofsheim.

Verzeichnis der Sondernutzungsgebühren

Vorbemerkung:

Für die in diesem Verzeichnis angeführten Tatbestände sind Sondernutzungsgebühren nur zu erheben, wenn die Benutzung im Einzelfall nicht mehr gemein gebräuchlich ist und wenn sich nicht auf Grund von § 21 Abs. 1 StrG die Einräumung eines Rechtes zur Benutzung der Straßen nach bürgerlichem Recht richtet.

Nr.	Gegenstand	Gebühr
1	Überspannungen, Überleitungen und Überbrückungen v. öffentlichen Verkehrsflächen a) je Überquerung zu Baustellen b) Kabelleitung je lfd. m c) Rohrleitung je lfd. m d) Überbrückungen je m ² e) Sonstige	10,20 - 25,60 € mtl. 2,60 - 10,20 € jährl. 5,10 - 15,30 € jährl. 10,20 - 102,30 € jährl. 2,60 - 10,20 € tägl. 2,60 - 10,20 € tägl.
2	Werbeanlagen aller Art a) Plakatsäulen, Plakattafeln (DIN A1 für 2 Wochen) b) sonstige unter Inanspruchnahme des Straßenkörpers errichtete Anlagen und Einrichtungen c) Reklame-Uhren, Leuchtbuchstaben und sonst. lediglich i.d. Luftraum ü.d. Straße ragende Anlagen und Einrichtungen d) Markisen je angefangene qm Auskrägung in den Straßenraum e) gebührenfrei sind <ol style="list-style-type: none"> 1. Werbeanlagen bis zu 0,5 qm Größe, wenn sie nicht weiter als 80 cm, höchstens jedoch bis zur Gehwegkante in den Straßenraum ragen; 2. Werbeanlagen über Gehwegen, oder, falls solche nicht vorhanden sind, über den entsprechenden Flächen am Rande der Fahrbahn für zeitlich begrenzte Veranstaltungen an der Stätte der Leistung, insbesondere für den Schluß- und Ausverkauf 3. Hinweisschilder zur besseren Orientierung der Verkehrsteilnehmer wie Hinweisschilder auf Gottesdienste, Zeltplätze, allg. übliche Sammelhinweisschilder auf Kraftfahrzeughilfsdienste, Tankstellen, Gaststätten und Hotels sowie Hinweisschilder auf Veranstaltungen von allgemeinem Interesse wie Jahrmärkte, Messen, Ausstellungen, Sportveranstaltungen. 4. Die Aufstellung von Hinweisschildern durch örtliche Vereine und politische Parteien 	je Tafel 1,50 € 25,60 - 255,70 € jährl. 5,10 - 25,60 € wöchtl. 51,10 - 102,30 € jährl. 5,10 - 51,10 € wöchtl. 25,60 - 51,10 € jährl.
3	Schilder und Tafeln, die nicht unter Nr. 2 fallen	10,20 - 255,70 € jährl. 2,60 - 10,20 € wöchtl.
4	Bewegliche Außenwerbung a) mittels Plakatträger je Person b) mittels Werbefahrzeugen je Fahrzeug	2,60 - 25,60 € tägl. 5,10 - 25,60 € tägl.
5	Automaten, je angefangene 0,2 m³ gebührenfrei sind die bei Nr. 6 genannten Automaten	2,60 - 25,60 € jährl.

6	Schaukästen je angefangene 0,2 m³ gebührenfrei sind Automaten, Warenauslagen und Schaukästen, die innerhalb einer Höhe von 3 m nicht mehr als 5 v.H. der Gehwegbreite in Anspruch nehmen, jedoch höchstens 30 cm in den Gehweg hineinragen, oder entsprechende Flächen am Rande der Fahrbahn beanspruchen.	2,60 - 10,20 € mtl. 10,20 - 25,60 € jährl.
7	Aufstellen von Gegenständen zum Verkauf Einheimische Geschäfts- und Ladeninhaber sind von der Gebührenzahlung befreit.	25,60 - 153,40 € jährl. 5,10 - 25,60 € wöchtl.
8	Errichtung von Schaubuden und sonstigen Schaustellungseinrichtungen	5,10 - 51,10 € wöchtl.
9	Verkaufswagen (ohne festen Standort) a) Obst-, Gemüse-, und Südfrüchtehandel, Milch je m ² b) sonstige Waren je m ²	2,60 - 25,60 € mtl. 25,60 - 153,40 € jährl. 2,60 - 15,30 € mtl. 15,30 - 153,40 € jährl.
10	Ausstellungen oder Vorführungen auf öffentl. Parkplätzen, je Veranstaltung	5,10 - 255,70 € mtl.
11	Verkaufsstände, Imbißstände, Kioske, u.ä. je qm	2,60 - 25,60 € tägl. 25,60 - 153,40 € mtl.
12	sonstige Benutzung der Straße zu gewerblichen Zwecken außer: a) Zeitungsständer, soweit es sich nicht um Flachständer handelt, die am Ort der eigenen Leistung an der Gebäudewand befestigt sind b) Aufstellen von Tischen und Stühlen für einen Gaststättenbetrieb je qm beanspruchter Verkehrsfläche für die Dauer der Freischanksaison	153,40 - 511,30 € jährl. 76,70 - 153,40 € mtl. 15,30 - 76,70 € wöchtl. 5,10 - 15,30 € tägl.
13	Gerüste, Bauhütten, Arbeitswagen, Baumaschinen und Baugeräte einschl. Hilfseinrichtungen wie Zuleitungskabel, Baugrubenumschließungen a) in den Hauptverkehrsstraßen und klassifizierten Straßen je angefangene 10 m ² b) in allen übrigen Straßen je angefangene 10 m ² Die ersten 3 Wochen sind gebührenfrei.	2,60 € tägl. 2,60 € tägl.
14	Lagerung von Gegenständen aller Art , die mehr als 24 Std. dauert und nicht unter Nr. 13 fällt je angefangene m ² Schuttmulden je angefangene m ²	0,50 - 2,60 € tägl. 1,50 € tägl.
15	Aufstellen oder Abstellen von Fahrzeugen einschließlich Wohnwagen zu nicht gewerblichen Zwecken	2,60 - 25,60 € wöchtl.
16	Masten für Freileitungen, Fahnen u.ä. je Mast Gebührenfrei sind Fahnen, Masten, Triumphbögen, Maibäume u.ä. anlässlich von Festen oder Veranstaltungen von allgemeinem Interesse, wie Jahrmärkte, Messen, Ausstellungen, Sportveranstaltungen	0,50 € tägl. 10,20 € mtl. 102,30 € jährl.

17	Überbauung des öffentlichen Straßenraumes a) Vordächer, Auskragplatten je angefangene 0,5 qm b) Balkone je angefangene 0,5 qm c) Erker je angefangene 0,5 qm d) Stufen und Sockel je angefangene 0,5 qm e) Lichtschächte je qm beanspruchter Verkehrsfläche	einmalig je Geschoß 25,60 - 51,10 € 40,90 - 76,70 € 51,10 - 127,80 € 76,70 - 102,30 € 40,90 - 76,70 €
18	Übermäßige Benutzung der Straße i.S. des § 29 StVO a) genehmigte motorsportliche Veranstaltungen und Versuchsfahrten, wenn Verkehrsbeschränkungen erforderlich sind b) andere genehmigte Veranstaltungen, wenn Verkehrsbeschränkungen notwendig werden c) sonstige Veranstaltungen	25,60 - 511,30 € tägl. 10,20 - 255,70 € tägl. 5,10 - 127,80 € tägl.
19	Feldwegbenutzung (befahren zu nicht landwirtschaftlichen Zwecken) je Fahrzeug	102,30 - 255,70 € jährl. 40,90 - 102,30 € mtl. 25,60 - 40,90 € wöchtl. 2,60 - 25,60 € tägl.
20	Umzüge	5,10 - 25,60 €
21	sonstige Veranstaltungen	5,10 - 76,70 €
22	sonstige über den Gemeingebrauch hinausgehende Benutzung der Straße außer: a) Aufstellen von Fahrradständern b) Überbauung des öffentlichen Straßenraumes	102,30 - 255,70 € jährl. 51,10 - 102,30 € mtl. 25,60 - 51,10 € wöchtl. 2,60 - 25,60 € tägl.